

65. Plenarsitzung am 4. Juni 2015

Drs. 17/3490: Soziales und ökologisches Wirtschaften in Niedersachsen stärken

Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 12. Dezember 2014 hat die deutsche Kultusministerkonferenz beschlossen, dass sich Deutschland mit der Genossenschaftsidee bei der UNESCO um einen Eintrag auf der internationalen Repräsentativen Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit bewirbt. Sehr geehrte Frau Ministerin Heiligenstadt, diese Initiative war wirklich gut.

Diese Entscheidung zeigt die Bedeutung des Genossenschaftswesens in Deutschland, wo rund 8.000 Genossenschaften ihre etwa 22 Millionen Mitglieder im Kreditwesen, in der Wohnungswirtschaft, im Handel, im Handwerk und in der Landwirtschaft fördern.

Heute beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit den Sozialgenossenschaften. Als die FDP diesen Antrag einbrachte, habe ich mich sehr darüber gefreut, weil ich mich an die lebhaften Diskussionen während meines Studiums erinnerte, als es darum ging, ob die Markt- oder die Planwirtschaft besser sei.

Dabei wiesen unsere Professoren immer wieder darauf hin, dass diese Bezeichnungen nicht exakt seien. Denn in der einen Wirtschaftsordnung würden auf dem Markt über den Wettbewerb, in der anderen durch die Zentralverwaltung über den Plan Angebot und Nachfrage gesteuert. Somit müsste bei einer Gegenüberstellung richtigerweise von Markt- und von Zentralverwaltungswirtschaft gesprochen werden.

Damals meinten einige, mit einem zentral aufgestellten Plan könnten gute Ergebnisse erzielt werden. Andere unterbreiteten den Vorschlag eines dritten Weges. Das war damals die Genossenschaftswirtschaft. In der Kooperation wird durch Widerspruch, Abstimmung und Abwanderung gesteuert. Während die Zentralverwaltungswirtschaft eindeutig scheiterte und dem vereinten Deutschland immense Kosten bescherte, ist die Kooperationswirtschaft als Ergänzung im deutschen Wirtschaftssystem ich betone: als Ergänzung in allen fünf Politikbereichen von großer Bedeutung, und das seit über 150 Jahren.

In der Finanzpolitik hat die weltweite Krise unser Dreisäulenmodell aus Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken eindrucksvoll bestätigt. Durch Genossenschaften gibt es mehr Anbieter und Nachfrager, sodass Marktmacht verhindert wird und der Wettbewerb besser funktioniert.

In der Beschäftigungspolitik sind Genossenschaften ein Instrument zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen - auch in den Entwicklungsländern.

Energiegenossenschaften spielen eine große Rolle in der Umweltpolitik. Deshalb hob der CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümler auf dem 6. Genossenschaftstag Weser -Ems diese Unternehmensform als stärkende Säule der Energiewende her vor. Das Gleiche erklärte auch mein Kollege Dr. Hans Joachim Deneke-Jöhrens bei den Beratungen im Landwirtschaftsausschuss.

Aus Sicht der CDU ist es somit sinnvoll, auch solche Projekte in dem Antrag zu erfassen. Dies geschah mit dem Antrag von SPD und Grünen. Aber das Vorgehen - das muss ich nun ehrlicherweise sagen - war nicht akzeptabel. Diese beiden Fraktionen brachten nach über einem Jahr der Beratung zwei

Tage vor der Sitzung des Sozialausschusses mit einer neuen Überschrift einen Antrag ein, bei dem man erst am nächsten Tag, als die Ergänzung der Tagesordnung des Sozialausschusses kam, erkennen konnte, dass dies ein Ersatz für den Antrag der FDP-Fraktion sein sollte. Ich muss sagen: So sollte man nicht miteinander umgehen.

Warum das Abstimmungsverhalten bei SPD und Grünen so lange dauerte, obwohl die mitberatenden Ausschüsse schon am 2. März 2015 die Beratungen abgeschlossen hatten, kann ich nicht nachvollziehen.

Als CDU und FDP im Sozialausschuss wegen der Erweiterung um die Energiegenossenschaften eine Mitberatung im Umweltausschuss vorschlugen, wurde dies abgelehnt und eine sofortige Abstimmung verlangt. Dies war nicht kooperationsfreudig und passte somit nicht zum Genossenschaftsgedanken.

Aber dann besann man sich eines Besseren, um das äußerste Mittel der Abwanderung - um in der Genossenschaftssprache zu bleiben von CDU und FDP zu verhindern, und fragte an, ob wir gemeinsam einen Antrag erarbeiten wollten. Dies hatten aber alle Fraktionen während der Beratungen immer wieder betont.

Wenn nun trotzdem kein gemeinsamer Antrag eingebracht wird - darum sage ich das so -, dann liegt das sicherlich auch daran, dass das so kurzfristig kam. Ich freue mich aber, dass sich CDU, SPD und Grüne einigen konnten und die ungerechtfertigte Kritik an der Bundesregierung und an Minister Gabriel nun herausgenommen wurde.

Ja! Das ist ganz deutlich. Im fünften Politikbereich können nun die Sozialgenossenschaften segensreich wirken darauf wurde vom Kollegen Holger Ansmann eben schon hingewiesen -, zumal 2006 durch eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes eine Öffnung für soziale und kulturelle Zwecke geschaffen wurde. Kinderbetreuung, Seniorenwohnen, Jugendförderung, Bürgerbusangebote, Dorfläden, Pflegedienste, der Betrieb von Sportstätten, Kulturhäuser und Bildungsinitiativen können so organisiert werden.

In dem jetzt vorliegenden Antrag werden die Anträge von FDP, von SPD und von Grünen zusammengefasst und werden die Ergebnisse der Beratungen aufgenommen. Auf die einzelnen Punkte hat eben auch der Kollege Holger Ansmann schon hingewiesen.

Die Sozialgenossenschaften sollen bekannter gemacht werden. Deshalb wird unter Punkt 3 eine Informationskampagne gefordert. Dies entspricht Punkt 1 des FDP-Antrages.

Punkt 2 des FDP-Antrages entspricht unserem Punkt 4. Förderung von Gründerinnen und Gründern wollen wir. Die FDP schlägt eine konkrete Anschubfinanzierung vor. Wir hätten das mitgemacht, aber wir freuen uns, dass jetzt das bayerische Modell geprüft werden soll und dass wir gemeinsam beantragen werden, dass EU-Mittel dem Genossenschaftswesen zugänglich gemacht werden sollen.

Mit diesem Antrag wollen wir ein deutliches Zeichen für die Stärkung und die weitere Entwicklung des Genossenschaftswesens setzen. Ich danke der FDP für die Initiative. Ich hoffe, dass durch diesen Antrag von CDU, SPD und Grünen die Möglichkeiten, die Genossenschaften bieten, in Niedersachsen vermehrt auch im sozialen Bereich eingesetzt werden.

Herzlichen Dank.